

Sehen und lesen, was Sache ist



Beobachter News

**Magazin für politische
Bewegung im Südwesten**

www.beobachternews.de

Redebeitrag von Leonie Wolf, Landessprecherin Grüne Jugend Baden-Württemberg, bei der Kundgebung gegen Sammelabschiebungen nach Afghanistan am Mittwoch, 22. Februar 2017, auf dem Stuttgarter Schlossplatz

Hallo ihr Lieben,

„Grün aus Verantwortung“ so hieß das Wahlprogramm für die Landtagswahl, das wir Grüne 2015 verabschiedet haben. „Aus Verantwortung für unser Land“ stand da in großen Papp-Buchstaben auf der Bühne.

Doch eine Grüne Landesregierung, die nach Afghanistan abschiebt, einem Land, das täglich vom Terror und der Gewalt der Taliban überzogen wird, stellt das komplett in Frage.

Sicher - die Bewertung der Sicherheitslage Afghanistans kann offiziell nur das Bundesaußenministerium treffen, doch wir alle können durch Medien und Internet über genügend Information verfügen, um zu beurteilen, ob Abschiebungen nach Afghanistan richtig oder falsch sind. Wenn Menschenleben auf dem Spiel stehen, kann sich auch eine Landesregierung nicht hinter den Entscheidungen der Bundesregierung verstecken, sondern muss selbst Verantwortung übernehmen.

Verantwortung bedeutet sich eigenständig dazu Gedanken zu machen und Stellung zu beziehen. Die Grüne Landesregierung muss endlich Verantwortung übernehmen und zwar für ALLE Menschen, die in Baden-Württemberg leben.

Unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat letzte Woche einen Brief an das Bundesaußenministerium geschrieben und eine Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan gefordert. Aus unserer Sicht war das ein richtiger Schritt. Wenn es nun aber offensichtlich Zweifel an der jetzigen Einschätzung des Bundesaußenministeriums gibt, wäre der einzig richtige und konsequente Schritt eine Aussetzung der Abschiebungen gewesen! Und das ist unsere Forderung: Ein Abschiebestopp nach Afghanistan bis zu einer ehrlichen Neubewertung durch das Bundesaußenministerium!

Hier die eigene Verantwortung klein zu reden und sich auf angebliche Sachzwänge und Rechtslagen zu berufen ist schlicht falsch! Abschiebungen sind nicht alternativlos! Da soll unsere Landesregierung nur mal einen Blick nach Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Rheinland-Pfalz oder Berlin werfen.

Nach mehreren Angriffen hat mittlerweile sogar das internationale Rote Kreuz seine Arbeit in Afghanistan eingestellt. Und während die Todeszahlen weiter steigen erklärt Thomas de Maiziere

uns den Unterschied zwischen Kollateralschäden und Zielen von Anschlägen. Wörtlich sagte er der Tagesschau: „Normale zivile Bevölkerung ist zwar Opfer, aber ist nicht Ziel von Anschlägen - und das ist ein großer Unterschied.“

Lieber Herr Maiziere, ob das Ziel eines Anschlags nun ein Einkaufszentrum mit möglichst vielen Besuchern oder die Besucher*innen selbst sind, ist aber sowas von scheißegal. Das ändert nichts, aber auch rein gar nichts an dem Terror und der Gewalt, denen die Menschen in Afghanistan ausgesetzt sind. Dieser Zynismus ist kaum zu überbieten!

Zynisch ist auch das Argument, ein vorübergehender Abschiebestopp sei ja keine langfristige Lösung. Es stimmt, Baden-Württemberg kann die Abschiebungen im Alleingang für maximal drei Monate aussetzen. Aber wenn wir immer auf die einzig wahre 100%-ige Lösung warten würden, dann wären wir heute noch in der Steinzeit. Der Abschiebestopp ist kein Allheilmittel – das ist uns klar – aber nach dem Brief an den Bundesaußenminister ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Bei einem so wichtigen Thema darf sich der grüne Teil der Landesregierung auch nicht vor einem Konflikt mit dem schwarzen Koalitionspartner fürchten. Es war von Anfang an klar, dass das keine einfache Koalition werden würde. „Komplementärkoalition“ hieß es. Jedem Koalitionspartner sollten gewisse Freiheiten zugestanden werden. Das kann aber nicht heißen, dass die CDU Narrenfreiheit genießt! Von einem grünen Ministerpräsidenten erwarte ich, dass er den rechtlichen Rahmen ausnutzt, um Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern – und nicht anders herum!

Für die Landesregierung und unseren Ministerpräsidenten ist es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Man kann nicht auf der einen Seite den Zusammenhalt der Gesellschaft predigen, die Wichtigkeit ehrenamtlicher Arbeit betonen und regelmäßig Preise dafür verleihen und auf der anderen Seite Teile dieser Arbeit durch Abschiebungen und fehlgeleitete Diskussionen wieder zunichte machen. Wann wurde denn das letzte Mal öffentlich über gute Integration diskutiert?! Diese Diskussion sollten wir wieder führen, weil man so nämlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt und Verantwortung übernimmt!

Ich bin heute auch eingeladen worden, mit der Bitte Hoffnung zu machen - Hoffnung zu machen, dass die Grüne Basis noch lebt und das ein Abschiebestopp nach Afghanistan weiterhin möglich ist. Und ich sage euch auch warum ich glaube, dass sowohl die Grüne Basis noch lebt und warum ich fest davon überzeugt bin, dass wir einen Abschiebestopp nach Afghanistan erreichen können: Die Situation ist heute doch schon eine ganz andere, als noch im Dezember oder im Januar. Mittlerweile haben sich 5 Bundesländer für einen vorübergehenden Abschiebestopp nach Afghanistan entschieden. Der Druck auf die anderen Bundesländer wächst!

Nach dem Politbarometer von letzter Woche ist die Mehrheit der Menschen in Deutschland klar gegen die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber*innen in unsichere Gebiete. Dem wird sich auch unsere Landesregierung auf Dauer nicht verschließen können.

Manchmal könnte man schon das Gefühl bekommen, unser Protest hier in Baden-Württemberg würde gar nichts bewegen. Aber ich sehe das anders. Das sich mittlerweile 5 Bundesländer für einen Abschiebestopp entschieden haben ist auch unser Erfolg! Ich habe nur den Eindruck die Grün-Schwarze Landesregierung hier braucht manchmal eine extra Einladung – einen extra Tritt in den Hintern! Nun, den kann sie haben ;-)

Denn wir werden eines ganz sicher nicht zulassen: Und zwar, dass diese Sammelabschiebungen zur Routine werden, dass Monat für Monat Menschen in den Terror abgeschoben werden, und dass die Frage der Menschenrechte immer weiter aus der öffentlichen Diskussion verdrängt wird!

Lasst uns alle zusammen dafür sorgen, dass der Druck weiter wächst! Und irgendwann wird die Landesregierung nicht mehr an uns vorbeikommen!